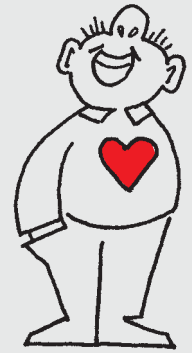


MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



10/2012

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

3. OKTOBER – Tag der deutschen Einheit?

Ostdeutschland – es geht um Gerechtigkeit und Zukunft



»Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Die Bundesregierung gesteht öffentlich nicht nur ein, die Ostrenten in dieser Legislaturperiode entgegen ihren Wahlversprechen

und den Festlegungen im Koalitionsvertrag nicht mehr angleichen zu wollen. Sie will überhaupt nicht mehr, sondern die Einheit der Löhne abwarten«, so Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, zu Äußerungen von Staatssekretär Christoph Bergner, CDU, im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Jahresberichts zum Stand der Deutschen Einheit 2012. Gysi weiter:

»Der aktuelle Jahresbericht ist ein Eingeständnis des Scheiterns der Ostdeutschlandpolitik der Bundesregierung. Die Schere zwischen Ost und West klafft wieder stärker auseinander. Das Bruttoinlandsprodukt im Osten sinkt auf 71 Prozent im Vergleich zu dem des

Westens. Von einer Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West kann angesichts der Politik der Bundesregierung keine Rede mehr sein.

Die entscheidenden Förderprogramme für den Mittelstand im Osten wie etwa das Stadumbauprogramm, das Programm soziale Stadt oder die Investitionszulage für kleine und mittlere Unternehmen werden gekürzt oder beendet. Die Reduzierung der Förderung der Solarbranche führt im Osten zu einem flächendeckenden Verlust an Arbeitsplätzen, den die Bundesregierung sehenden Auges und vorsätzlich herbeigeführt hat, um die Interessen der großen Strommonopolisten zu schützen. Das durchschnittliche Vermögen Ost beläuft sich auf 55.000 Euro, das durchschnittliche Vermögen West auf 132.000 Euro.

Doch geht es in Ostdeutschland 22 Jahre nach der Deutschen Einheit um Gerechtigkeit und Zukunft. Gerechtigkeit bei den Löhnen und den Renten, bei der Anerkennung der Arbeits- und Lebens-

leistungen der Ostdeutschen. Und es geht um die Zukunft einer ganzen Region. DIE LINKE steht konsequent für die Angleichung der Lebensverhältnisse in der gesamten Bundesrepublik. DIE LINKE steht für eine konsequente Lohn- und Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West und DIE LINKE steht für einen konsequenten sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft, bei dem auch ostdeutsche Erfahrungen deutschland- und europaweit im Interesse der Menschen nutzbar gemacht werden.«

*Pressemitteilung
von Gregor Gysi, 26.09.2012*

Spruch des Monats

*»Für Wunder muss man beten,
für Veränderungen
muss man arbeiten!«*

Thomas von Aquin



Die Verfassungsgerichte haben gesprochen

Der September des Jahres 2012 war der Monat der Verfassungsgerichte. So hat zum Beispiel das Bundesverfassungsgericht

den Rettungsschirm für den Euro nicht zugeklappt. Damit besteht trotz vieler Bedenken eine reale Chance, die europäische Währung zu retten.

Unsere Bundestagsfraktion gehörte zu den Klägern in Karlsruhe und am Ende, was für ein Wunder, waren sowohl Kläger und Beklagte die Sieger dieses Verfahrens. Die einen feierten die Stärkung der parlamentarischen Rechte bei der

Eurorettung, die anderen die Genehmigung zur Schaffung des ESM (des Rettungsschirms). Die Zahlen, über die dabei geredet wird, kann längst kein normaler Mensch mehr erfassen. Eine Summe von 700 Milliarden Euro ist eigentlich nicht mehr darstellbar. Nun bin ich kein Anhänger der Kanzlerin, aber in einem Punkt hat sie meiner Auffassung Recht, wenn der Euro zerstört wird, gefährdet das die Einheit Europas. Die Staaten im Süden der Eurozone brauchen unsere Solidarität, aber diese muss auch bei den betroffenen Menschen ankommen. Aktuell werden die Milliarden zuerst in das Bankensystem gestopft und

landen damit zum großen Teil bei den Gläubigern, also den Geldgebern. Dies sind oft die wirklich Reichen dieser Welt, und die brauchen unsere Unterstützung nun wirklich nicht. Für die Durchschnittsbürger in Griechenland, Spanien oder Portugal führt die jetzige Sparpolitik ihrer Regierungen zu einer ständigen Verschlechterung der Lebensbedingungen. Wenn in Spanien die Jugendarbeitslosigkeit bei 50 Prozent liegt und in Griechenland die Löhne um 20 bis 30 Prozent gekürzt werden, dann möge sich der geneigte Leser mal vorstellen, was dies für sein eigenes Portemonnaie bedeuten würde. ➤ S. 2

Schorschels Stadtgeflüster

Hallöchen euch allen, die ihr zitternd vor Freude das aktuelle Malxeblatt in den Händen haltet – ich hab's gesehen das neue Logo der Stadt Forst, aber nichts erkannt! Sollte ich noch dümmmer sein als die Verwaltung vorschreibt? Die Mitglieder des Kulturausschusses finden sich nämlich darin wieder, in dem Logo (LR vom 26.09.2012)! Ich dagegen schwanke beim Anblick dieses Farbkleckses zwischen einer grafischen Darstellung der Stellung der preußischen Truppen in der Schlacht bei Kunersdorf 1759 und einer Ansammlung von Pestbazillen – unter dem Mikroskop betrachtet. Erinnern sich etwa die Ausschussmitglieder gemeinsamer kollektiver Topferlebnisse im Kindergarten, bei denen anschließend mit Farbe gekleckst wurde, was das

Zeug hielt? Andererseits wiederum leuchtet die Begründung unseres städtischen Logo-Erfinders für dieses neue Forster Wahrzeichen ein. In der Lausitzer Rundschau hat er das überzeugend beschrieben: Das Blau steht für das Wasser, das Grün für die Natur und den Tourismus und das Rot steht für die Stadt und die Blumen – ja, das ist unser Forst in der Lausitz, ich erkenne es und bin begeistert – und so ganz nebenbei freuen sich auch die Leute in eintausendsechshundertdreiundsiebzig anderen Städten und Gemeinden Deutschlands, die ihre Orte in diesem so eindeutigen Logo ebenfalls wiedererkennen. Aber da ja jetzt hier in der Gegend Oktoberfeste statt Erntedankfeste in sind, auf denen man Weißwurst mit Leinöl isst und die Frauen in Lederhosen und die Männer in Dirndeln rumrennen, wär's doch nicht schlecht, einen Findling mit 'ner weiß-blauen Rose und der Inschrift »Oabgerissen iast's« als neues Forster Logo zu kreieren. Bis dahin belassen wir's bei der stilisierten Rose, die uns jahrzehntlang würdig vertreten hat. Tschüss

Euer Schorschel

Die Verfassungsgerichte haben ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Ein einheitliches Europa macht nur dann Sinn, wenn die Menschen in allen Ländern davon Vorteile haben. Als Ostdeutsche wissen wir, was hohe Arbeitslosigkeit bedeutet, aber selbst in den schwierigsten Zeiten lag die Quote immer noch unter dem, was heute Spanien und andere Südeuropäer erleben müssen. Wenn also Geld aus den Rettungstöpfen fließt, muss es bei denen ankommen, die wirklich Hilfe brauchen. Deutschland hat gezeigt, dass man mit Konjunkturprogrammen, die vernünftig sind, Arbeit schaffen kann. Hier könnte eine echte Chance für einen Rettungsfond und damit für Europa liegen.

Das brandenburgische Verfassungsgericht hat sich mit dem Thema der sogenannten Altanschließer beim Abwasser beschäftigt und entschieden, dass die nachträgliche Erhebung von Beiträgen auch für Grundstücke zulässig ist, die bereits vor 1990 an das Abwassernetz angeschlossen wurden.

Nun bedeutet dies aber nicht, dass diese Grundstücksbesitzer für Leistungen, die vor der deutschen Einheit erbracht wurden, zahlen sollen. Beiträge dürfen von den Abwasserverbänden nämlich nur für Investitionen nach dem 3. Oktober 1990 erhoben werden. Das heißt z. B., dass die Kosten eines neuen Klärwerks auf alle Grundstücke einer Gemeinde verteilt werden dürfen. Da die meisten Bürger, die nach der Wende an das Abwasser angeschlossen wurden, bereits Beiträge entrichtet haben, kommen die Kosten nun voraussichtlich nur noch auf die »Altanschließer« zu. Die damit erzielten Einnahmen dürfen aber nicht bei den Abwasserverbänden verbleiben. Sie müssen über Gebührensenkungen den Bürgerinnen und Bürgern zurückgegeben werden. In Forst muss dieser Vorgang jetzt auch vollzogen werden und natürlich wird dies nicht ohne Diskussionen und Auseinandersetzungen abgehen. Die heutige Opposition im Landtag wird mit Sicherheit

versuchen, dies in kommenden Wahlkämpfen auszunutzen. Deshalb möchte ich die Kollegen der CDU schon mal daran erinnern, dass es die Landesregierung aus SPD und CDU war, die 2008 die gesetzlichen Voraussetzungen für die nachträgliche Beitragserhebung geschaffen hat. Als LINKE in der Stadtverordnetenversammlung wollen wir diesen notwendigen Prozess so offen und nachvollziehbar wie möglich gestalten. Aus diesem Grunde hatten wir auch die Beauftragung eines neuen Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss des Abwasserbetriebes beantragt. Da die FDP überraschend unseren Antrag unterstützt hatte, wurde er sogar angenommen. Seit mehr als 3 Monaten warten wir nun auf einen Vorschlag aus dem Rathaus zur Umsetzung dieses Beschlusses. Dort sucht man aber offensichtlich noch nach einem Trick, wie man die Entscheidung in der SVV umgehen kann. So etwas werden wir nicht zulassen!

Ingo Paeschke
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
der SVV Forst



Eine Diskussion zu dieser Frage stand im Mittelpunkt einer Basisveranstaltung der LINKEN mit Gemeindevertretern, Stadtverordneten der Städte

Forst und Spremberg, Kreistagsabgeordneten und den Mitgliedern des Landtages Margitta Mächtig, Birgit Wöllert und Matthias Löhr, die am 13.09.2012 auf Einladung des Ortsverbandes Forst und der Basisgruppe Döbern in der Stadt Döbern stattfand. Grundlage war das vorliegende Konzept zur Einheitsgemeinde Amt Döbern-Land.

Unterschiedliche Auffassungen und Gemeinsamkeiten wurden erörtert. Einig war man sich, dass der demografische Wandel in den Kreisen, Städten und Gemeinden ein Nachdenken über neue Strukturen erzwingt.

Gemeindegebietsreform – aber wie?

Man war sich auch darüber einig, zuerst über eine Aufgabenverteilung zwischen Land, Kreis, Stadt, Amt und Gemeinde nachzudenken, bevor man über Gebietsgrenzen spricht.

Ein Konzept vorzulegen, wie der veröffentlichte Vorschlag der SPD zur zukünftigen Struktur des Landes Brandenburg ohne vorher Klarheit über Aufgabenverteilung zu haben, erzeugt mit Recht nur Kritik.

Im Amt Döbern Land ist vor dem Hintergrund großen Drucks seitens des Innenministeriums ein Konzept zur Bildung einer Einheitsgemeinde entstanden.

Wie in den Medien zu lesen war, beschäftigen sich die Gemeinden des Amtes mit dem Konzept seit Wochen, um für sich eine Entscheidung treffen zu können.

Alternativ zur Einheitsgemeinde wird die Aufteilung des Amtes zwischen den Städten Spremberg und Forst diskutiert. Egal für welche der Varianten man sich entscheidet, eins ist sicher, die Anzahl der politischen Mandatsträger wird sich erheblich verringern.

Will man das vermeiden, kommt man zu einer anderen Möglichkeit, nämlich die Städte Forst und Spremberg übernehmen die Aufgabe eines Amtes. Damit erhält man eine größere Verwaltungsstruktur und das Mitspracherecht in den Gemeinden wäre weiterhin gesichert.

Eine neue Gemeindestruktur soll sich daran orientieren, wie viel demokratische Mitbestimmung verbleibt und wie weit die betroffenen Bürgerinnen und Bürger selber mit darüber entscheiden können.

Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende

Für einen sicheren Lebensstandard und gegen Armut im Alter

Das will DIE LINKE:

Rentenniveau anheben – Lebensstandard sichern

Langjährige Beitragszahler/-innen müssen auskömmliche Renten bekommen. Ihr Lebensstandard muss im Alter gesichert sein. Wir wollen eine Mindestrente von 900 Euro netto, die dann schrittweise auf 1.050 Euro angehoben wird. Das Rentenniveau darf nicht weiter gesenkt, sondern muss wieder auf 53 Prozent des Nettolohnes vor Steuern angehoben werden. Wir wollen die ungerechten Kürzungen für diejenigen abschaffen, die wegen berufsbedingter Belastungen vorzeitig in Ruhestand gehen müssen. Den Renteneintritt erst ab 67 wollen wir rückgängig machen.

Die Angleichung der ostdeutschen Renten an das Westniveau ist eine Frage der Gerechtigkeit und muss stufenweise in den nächsten fünf Jahren erfolgen.

Gute Rente gibt es nicht ohne guten Lohn. Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik müssen deshalb zusammen gedacht und zusammengebracht werden. Wir wollen prekäre Beschäftigung eindämmen und einen flächendeckenden Mindestlohn von 10 Euro.

Solidarische Rentenversicherung einführen

Die Beitragsbemessungsgrenze, bis zu der Beiträge vom Bruttolohn gezahlt werden, muss in einem ersten Schritt angehoben werden. Mittelfristig muss sie ganz entfallen. Damit beziehen wir

künftig alle Erwerbstätigen, Erziehenden, Pflegenden und Erwerbslosen in die gesetzliche Solidarische Rentenversicherung ein. Das stärkt den Charakter der gesetzlichen Rente als Ersatzleistung für Erwerbseinkommen und als Solidarsystem. Gleichzeitig wird der weitere Anstieg der höchsten Renten gebremst. Alles zusammen stärkt die finanzielle Basis der gesetzlichen Rente.

Solidarausgleich stärken

Kindererziehungszeiten müssen auch für vor 1992 geborene Kinder in voller Höhe gezahlt, Beiträge für Langzeiterwerbslose müssen wieder geleistet, niedrige Einkommen durch die Rente nach Mindestentgeltpunkten zu höheren Renten aufgewertet werden.

Altersarmut verhindern – Solidarische Mindestrente einführen

Wir brauchen auch in der gesetzlichen Rente einen Mindeststandard, der ein Leben frei von Armut und in Würde ermöglicht.

Deshalb will DIE LINKE eine steuerfinanzierte, einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente einführen. Die stellt sicher, dass kein Mensch im Alter ein Nettoeinkommen unterhalb der Armutsgrenze hat.

Die Solidarische Mindestrente ist ein soziales Netz für alle Menschen im Rentenalter.

Solidarische Rente gerecht finanzieren

Rentenreformen sind teuer. Wer sie be-

zahlt, ist die große Frage. DIE LINKE will den schleichenden Ausstieg der Arbeitgeberseite aus der Rente stoppen, wie er mit der Riester-Rente begonnen hat und wie er durch die aktuellen Pläne der SPD fortgesetzt werden würde. Die Rente muss von Arbeitgeber/-innen und Arbeitnehmer/-innen wieder zu gleichen Teilen finanziert werden. Mindestsicherung im Alter ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – sie muss auch gesamtgesellschaftlich, also durch Steuern, finanziert werden. **Eine Rente zum Leben.**

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Telefon: (030) 24009-999; Fax: -541

partei.vorstand@die-linke.de

www.die-linke.de

V.i.S.d.P. Matthias Höhn

»Treuer Diener unter Merkel und Schröder«

Peer Steinbrück trat 2002 die Nachfolge von Wolfgang Clement als Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen an. Bei der darauf folgenden Landtagswahl 2005 verlor er deutlich gegen Jürgen Rüttgers und fuhr eines der schlechtesten Wahlergebnisse der SPD in diesem Bundesland nach 22-jähriger Regierungszeit ein. Durch diese Niederlage in Nordrhein-Westfalen sah der damalige Bundeskanzler Schröder seine Bundespolitik in der Kritik und stellte die Vertrauensfrage, die zu vorgezogenen Neuwahlen führte. Das war die Geburtsstunde der späteren LINKEN! Dass nun ausgerechnet Peer Steinbrück, der die Agenda 2010, die Rente mit 67 und Kriegseinsätze nicht nur mit zu verantworten, sondern sogar mit ausgedacht hat, Kanzlerkandidat der SPD bei den nächsten Bundestagswahlen werden soll, dazu erklärt Ulrich Maurer (MdB, d. Red.):

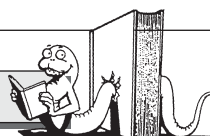
»Ich kenne Peer Steinbrück lange als treuen Diener unter Schröder und Merkel. Die SPD hat damit eine Vorentscheidung getroffen und schickt den Kanzlerkandidaten der Altersarmut ins Rennen. Er wurde auf Vorschlag des Spiegels von der BILD zum Kanzlerkandidaten ernannt und der SPD-Vorstand darf das am Montag noch abnicken.«

linksfraktion.de,
28. September 2012

PS: und es wurde abgenickt! (d.Red.)

Unser Buchtipp:

»Das Zwickauer Terrortrio«



... von Marcus Böttcher und Maik Baumgärtner über den Nationalsozialistischen Untergrund. – Hier eine Kurzbeschreibung: »Waffen, Morde, Banküberfälle und ein geheimnisvolles Leben im Untergrund – Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt terrorisierten über zehn Jahre das Land. Wie konnten sie sich zu eiskalten Mördern entwickeln? Wie schafften sie es, ein Leben im Verborgenen zu führen? Welche Rolle spielten dabei ihre Unterstützer, welche die Sicherheitsbehörden? Chronologisch beschreiben die Autoren anhand von streng vertraulichen Akten, Interviews mit Sicherheitsexperten, Angehörigen der Opfer sowie Aussteigern – »alten Bekannten« des Trios – die Aktionen der rechtsextremen Zelle.«

Und hier gibt es weitere Informationen zum Buch: <http://www.das-neue-berlin.de/programm-dnbv/titel/1373-das-zwickauer-terror-trio.html>

Verschuldungspolitik als Mittel zum Sozialabbau

VORTRAG UND DISKUSSION

mit Wolfgang Nešković, MdB, Bundesrichter a. D.

Montag, 29. Oktober 2012, 18:30 Uhr,

Bürgerzentrum (Musikschule), Kleine Amtstraße 1, Forst

Dienstag, 30.10.2012, 18:30 Uhr,

Haus der Gesundheit, Lustgartenstraße 3, Spremberg

Alle
Interessierten
sind herzlich
eingeladen!

Newsletter

Bundesrat kann Zeichen für den Mindestlohn setzen

»Mit der Thüringer Initiative für einen Mindestlohn besteht die Chance, dass ein Verfassungsorgan sich für die Einführung eines einheitlichen Mindestlohnes für alle Branchen ausspricht. Obwohl CDU und SPD darauf verzichtet haben, seine Höhe verbindlich zu regeln, unterstützt die LINKE im Bundesrat diese Initiative«, so Dietmar Bartsch, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, zur heutigen Bundesratssitzung. **Bartsch weiter:**

»Das langjährige Engagement auch der LINKEN führte heute zu einem wichtigen gesellschaftspolitischen Erfolg. So lobenswert die Thüringer Initiative ist, so ist allerdings auch offensichtlich, dass sie der Wirklichkeit hinterherhinkt. Die LINKE im Bundestag macht sich für einen Mindestlohn von 10 Euro stark, denn die aktuelle Niedriglohnschwelle liegt laut Angaben des Statistischen Bundesamts bei

10,36 Euro pro Stunde. Die Thüringer Initiative wird von der LINKEN auch deswegen als hilfreich eingeschätzt, weil sie das Thema des gesetzlichen Mindestlohnes wieder auf die Tagesordnung des Bundestages setzt. Dort schlägt für SPD und CDU die Stunde der Wahrheit: Ringen sie sich zu einer gesetzlichen Lösung durch oder versenken sie die Thüringer Initiative in den Ausschüssen. Die LINKE wird jedenfalls weiter auf eine gesetzliche Regelung des Mindestlohnes pochen.« *21.09.2012*

Acht-Euro-Erhöhung beschämend

»Angesichts der Ergebnisse des neuen Armuts- und Reichtumsberichts ist eine Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze um acht Euro beschämend. Auch 382 Euro sichern kein menschenwürdiges Existenzminimum«, erklärt Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum heutigen Kabinettsbeschluss. **Die Abgeordnete weiter:**

»Es bleibt dabei: Hartz IV ist Armut per Gesetz und ein Lohndrückerprogramm für die Menschen, die derzeit in Lohn und Brot stehen. Der Sozialstaat muss ausgebaut, mehr Arbeitsplätze geschaffen, die Vermögenden dafür zur Kasse gebeten werden.« *19.09.2012*

Einladung zum Besuch des Deutschen Bundestages (2-Tagesfahrt)

Liebe Leserinnen, liebe Leser, Sie sind hiermit zum Besuch des Deutschen Bundestages herzlich eingeladen.

Termin: 12. und 13. Dezember 2012

Das Programm beinhaltet, neben dem Besuch des Bundestages (Plenarsaal, Kuppel, Gespräch mit MdB), den Besuch von Einrichtungen der Bundesregierung, Ministerien, Gedenkstätten und Museen.

Die Fahrt erfolgt als Gruppenreise. Fahrkarten erhalten sie am

Treffpunkt. Für die Fahrkosten und die Unterkunft kommt das Bundespräsidialamt auf.

Die Kosten für die Fahrt nach Cottbus und zurück nach Forst, sowie für eventuelle Eintrittspreise müssen Sie selbst tragen. Anmelden können Sie sich, unter Angabe von Namen, Geburtsdatum, Anschrift und Telefonnummer, in unserer Geschäftsstelle.

Abfahrt ab Cottbus: 09:16 Uhr* / Treffpunkt 9 Uhr an der Anzeigetafel
Rückfahrt ab Berlin Hbf: 18:03 Uhr – Änderungen vorbehalten

PINNWAND

Termine

- in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22
- Di., 16.10.: 18.30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
 - Mi., 17.10.: 18.30 Uhr **AG »Soziales«**
 - Di., 23.10.: 18.30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
 - Mo., 05.11.: 18.30 Uhr **AG Malxeblatt**
 - Di., 13.11.: 18.30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
 - Mi., 14.11.: 18.30 Uhr **AG »Soziales«**
- Bitte vormerken:**
Do., 25.10.: 18:30 Uhr Mitgliederversammlung im Bürgerzentrum (pers. Einladung folgt)

Bankensterben

Der Co-Vorstandschef der Deutschen Bank, Jürgen Fitschen, sagte bei einer Fachtagung, er glaube, viele Banken werden die nächsten Jahre nicht überleben. Leider konnte er mit weiteren positiven Einschätzungen nicht aufwarten. **Björn Brehe**

Rechtsberatung

am **Sonnabend, dem 20.10.**, ab 14 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22.
Terminvereinbarung telefonisch oder persönlich jeweils Dienstag und Donnerstag von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 78 52.

Überrascht

Laut Ursula von der Leyen werden Senioren ab 2030 nur noch Rente auf Sozialhilfe-Niveau erhalten. Selbst Finanzminister Schäuble zeigte sich davon überrascht: »2030 soll noch Rente ausbezahlt werden?« **EW**

Geburtstag

22.10.: 69 Jahre Johanna Sparschuh
Herzlichen Glückwunsch, unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!

Übrigens ...

... bezahlt Bayern jährlich sehr viel für den Länderfinanzausgleich. Aber die Gedanken- und Redefreiheit für Seehofer, Dörndt und Friedrich ist nun mal nicht zum Nulltarif zu haben. **DW**
Aus »Eulenspiegel« Nr. 10/12

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail: malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen: Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.